

jen von 1772 zu erwerben. Um alle die Gebiete, wo auch nur 25 Prozent Polen wohnten, zur Republik zu schlagen. Um ein neues Beispiel dafür zu geben, was die Polen Politik nennen. Um Überholen zu gewinnen und der Entente-Kommission ein Ultimatum zu stellen. Polen ist daher das am schlechtesten regierte Land Europas und kann mit Sowjetrußland darum streiten, wo das Eland größer ist. So schrieb z. B. "Ratz Kurjer" (Warschau) am 7. v. M.: "Die größte Wunde unseres Landes ist die Teuerung der Artikel des ersten Bedarfs, hauptsächlich der Lebensmittel. Sie ruft zwei schreckliche Erscheinungen hervor. Einerseits stirbt der arbeitsame und ehrliche Teil der Bevölkerung geradezu vor Hunger und Krankheiten aus, oder er wird wegen der Unterernährung immer unzüglicher zur Arbeit. Andererseits scheitern die nichtswürdigen Schmarotzer- und Fauszenzerelemente noch niemals solche Orgien, noch niemals umgaben sie sich mit so großem Lutrus wie jetzt, und das alles nur auf Kosten ihrer Nachsten und Ernährer.... Hundert Mark aus der Vorratzeit haben heute die Kaufkraft einer Mark."

Wenn dies kein Bankrott ist, dann hat dieses Wort offensichtlich keinen Sinn mehr. Die Oberschicht, Westpreußen und Masaren mögen gewarnt sein! Ein Blick auf die polnischen Zustände wird ihnen zeigen, was sie erwarten, wenn sie ihre Stimme für Polen abgeben. Was aber wird, wenn dieses Großpolen, die überlegte Schöpfung der Friedensflüsterer von Versailles, nun wirklich zusammenbricht, wenn dieser "Salonstaat" von einem Sowjetpolen abgelöst wird? Die Frage ist aktuell und dürfte Deutschland vor die furchtbare Entscheidung stellen, die seit der Unterzeichnung des sogenannten Friedens zu treffen war.

Dr. Hans v. Eckardt.

Aus der Reichsschulkonferenz

Der "Demokratischen Partei-Kongress" wird geschrieben: "Die vom 11. bis 19. Juni im Reichstagsgebäude tagende Reichsschulkonferenz hat keineswegs, wie man des öfteren in der rechtsstehenden Presse lesen konnte, zu einem Abschluß geführt und war durchaus nicht eine ergänzende Rechtschule. In den meisten der etwa 20 Ausschüsse wurde recht gute Arbeit geleistet und weitgehende Vereinbarung erzielt. Die beiden Hauptpunkte: Schulbau und Lehrerbildung haben allerdings sowohl in der Vollversammlung als auch in den Ausschusseratungen zu gründlichen Auslandserhebungen Anlaß. Die Pole in diesem Widerstreit bilden Philologenhorst und Volkschulrechtschaft. Obwohl man hier leider zu einigenden Abstimmungen noch nicht kam, ließ sich doch die Möglichkeit einer Annäherung nicht verneinen.

Das starke Streben der Volkschulrechtschaft, auf Grund einer vollwertigen Bildung in Zukunft weit wichtiger als bisher an der Herbergung der Bildung und damit an der Leistungsfähigkeit und Lebensenergie des gesamten deutschen Volkes arbeiten zu können, trat eindrucksvoll in Erscheinung. Einheit des Lehrerstandes und Einheitschule im Sinne der Vereinheitlichung unseres jerrifizierten Volkes sind von hohen Zielen getragene Forderungen. Der demokratische Gedanke ist auch hier auf dem Marsche und wird nicht mehr gebremst werden können. Dass eine Verpflichtung des höheren Schulwesens, eine geistige Unterordnung der künftigen Führer des Volkes verhüllt werden möge, wird dabei von keiner Seite bestritten.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Erörterungen auf der Reichsschulkonferenz keine einer hämischen Einigung auf schulischen Gebiete gezeugt haben, die zum Helle unseres Schulwesens allem bisher noch Trennenden zum Trotze herbeigeführt werden möge. Nachdem nun darüber Wille leugnen, daß die Arbeit der Reichsschulkonferenz der Regierung Grundlagen gelegt hat, auf denen die Umgestaltung unserer Schule mit Aussicht auf ein gutes Ende vorgenommen werden kann. Auf rein theoretischer Weise hätte sich eine solche Vorarbeit nicht leisten lassen. Man muß dafür dem Reichsministerium des Innern dankbar sein, daß es nach Überwindung vieler schwerer Schwierigkeiten die Reichsschulkonferenz zustande gebracht hat. Der Wunsch, mit dem Reichsminister auch seine Erfahrungssorte schloß, daß diese Konferenz einen der Grundsteine zum Wiederzurufen unseres armen, zusammengebrochenen Vaterlandes legen möge, ist besser in Erfüllung gegangen, als man vielleicht zu hoffen geneigt war.

An der Reichsschulkonferenz nahmen vom Vorstande der "Reichsarbeitsgemeinschaft demokratischer Lehrer und Lehrerinnen" teil: die Landtagsabgeordnete Freudenthal, Dr. Heinrich-Altenburg und Rimpel-Kassel, der Reichstagsabgeordnete Weiß-Stürzberg, weiter Fräulein Reinhold-Charlotteburg, Oberlehrer Tessendorff-Schöneberg.

U. S. P. D. und Reichswirtschaftsrat

Berlin, 1. Juli. (Drahbericht.) Außer anderen Blättern bespricht die unabhängige "Freiheit" das Zusammentreten des Reichswirtschaftsrats. Sie behauptet sich nach wie vor als Gegnerin der Idee der Arbeitsgemeinschaft als einer Verlängerung des Klassenhampfes und vertritt die Meinung, daß im Reichswirtschaftsrat das Kapital die Arbeit überwiege. Von den Arbeitervtretern erwartet sie, daß sie nachdrücklich ihre grundätzlichen, sozialistischen Anschauungen zur Geltung bringen. Immerhin äußert sie die Ansicht, der

Wirtschaftsrat werde zwar nie ein Erfolg des Parlaments werden, er werde aber vielleicht bei verständiger Führung etwas anderes leisten können. Er kann versuchen, über alle wirtschaftlichen Probleme die Öffentlichkeit möglichst vollständig zu informieren, um zur Bildung einer wirklich unterrichteten öffentlichen Meinung in wirtschaftlichen Fragen beizutragen. Allerdings sei dies notwendiger als in Deutschland, zu einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Fragen so kompliziert und schwierig seien.

Die Sozialdemokraten lehnen das Misstrauensvotum gegen die Regierung ab

Berlin, 1. Juli. (Drahbericht.) In der gestrigen Reichstagsitzung hat die Fraktion der Unabhängigen in Form eines Antrags ein ausdrückliches Misstrauensvotum gegen die Regierung eingebrochen. Dazu schreibt der "Vorwärts": Dass dieser Antrag von den bürgerlichen Parteien des Reichstages angenommen werden würde, haben die Unabhängigen selbstverständlich keinen Augenblick vorwegesehzt. Sie verfolgten also mit dem Antrag augenscheinlich demonstrative Absichten. Jedenfalls wollten sie die sozialdemokratische Fraktion vor die Alternative stellen, entweder dem Misstrauensvotum zuzustimmen oder es ablehnen. Sie weiß sehr genau, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Antrag der Regierung den Boden entziehen würde, auf dem sie stehen müßt, um in Spa verhandlungsfähig zu erscheinen. Aus diesem Grunde wird die sozialdemokratische Fraktion dem Unabhängigen-Antrag ihre Zustimmung nicht ablehnen. Sie hat gestern abend nach Schluß der Reichstagsitzung bereits eingehend über den Antrag verhandelt und ist dabei zu dem einmütigen Besluß gekommen, ihn abzulehnen.

Der Anschluß Coburgs an Bayern vollzogen

Coburg, 1. Juli. (Eig. Drahbericht.) Gestern nachmittag fand die feierliche Schlüßlung der Coburger Landesversammlung in Gegenwart des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Fahr und des Regierungspräsidenten von Oberfranken statt. Die Redner würdigten den Anschluß Coburgs an Bayern. Darauf erklärte Präsident Kirchner die Landesversammlung für aufgelöst und den Anschluß Coburgs an Bayern für vollzogen.

Habsburgische Vorbereitungen für einen Putsch in Österreich

Järich, 1. Juli. (Drahbericht.) Im "Järich-Volksrecht" wird in anfälliger Form über habsburgische Umtriebe in der Schweiz und über die Vorbereitung eines monarchischen Staates in Österreich geschildert. Neben einer Menge von Einzelheiten wird die Täglichkeit des Prinzen Windischgrätz in der Schweiz und in Ungarn behandelt, ferner die Propaganda der Umgebung des Kaisers Karl und der Heimische Zentrale. Als Organisationsmittelpunkt werden die Schweiz und das Wiener Casino bezeichnet. Die finanziellen Führer seien Dr. Friedmann, Dr. Reichmann und Großindustrieller Schlimp. Das Kapital betrage 22 Millionen Kronen. Von den österreichischen Führern wird in erster Linie Abgeordneter Leutel genannt. Die militärischen Organisationen führe auf die herrschschaftlichen Offiziersvereinigung und der Gruppe der unpolitischen aktiven Offiziere.

Die ganze Veröffentlichung wird vom "Volksrecht" als von vorzüglich unverträglicher österreichischer Seite herabsehend bezeichnet. Sie bringt, wie die "Järich-Pol." bemerkt, so bestimmte Angaben, daß die zuständigen schweizerischen Behörden davon nicht adhären vorüberhängen. Sind sie richtig, dann wäre die Schweiz der Mittelpunkt einer auf den Anfang der österreichischen Republik gerichteten Bewegung, und dann würden die schweizerischen politischen Behörden wohl nicht zögern, einem solchen Maßnahmen des Gouvernements dadurch ein Ende zu machen, daß sie die österreichischen Herrscher erschossen, ein anderes Feld für ihre Täglichkeit zu wählen.

Gefangennahme der italienischen Garnison in Valona

Belgrad, 1. Juli. (Drahbericht.) Die Zeitung "Prawda" meldet: Die Albaner haben Valona erobert und die ganze italienische Garnison gefangen genommen.

Internationales Abkommen über die Wiederherstellung der Patentrechte

Bern, 1. Juli. (Drahbericht.) Gestern wurde im Bundeskonsortium unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten Motta durch die Bevollmächtigten von neun Verbandsstaaten der Internationale Union zum Schutz des gewerblichen Eigentums, nämlich Deutschland, Frankreich, Niederlande, Polen, Portugal, Schweden, Tschechoslowakien und Tunis, ein Abkommen unterzeichnet, das die Wahrung und die Wiederherstellung der vom Kriege im Mitteldeutschland gejagten Rechte (Patent-, Muster- und Markentrechte) zum Zwecke hat.

Pariser Brief

Von unserem Sonderberichterstatter.

Paris, Ende Juni 1920.

Was, wo, und wie teuer man ist und lebt.

Ein wichtiges Kapitel in unserer materiellen Zeit ist Pariserisch geprägt. Wie man in Paris wieder alles, was es vor dem Kriege auch gab. Man ist Ausländer und anderer Meiergut bei Prunkier. Italienische Spezialitäten bei Pocardi, einfacheres bürgerliches Essen bei Bouillant, Souffrier oder Duval, man spielt im Kaffee de Paris sehr gut, während Marquetterie nachgelassen hat. Das vor zwei Jahren neuveröffentigte Käfig ist aber augenfällig eines vorzüglichen Rufes wegen seiner Nähe und seiner Preise.... "Le grand Hotel" steht ihm nicht viel nach. Der kleine Ausgestaltete kann bei Nacht für 2,50 Franken essen — jetzt werden allerdings kommt er, und nun die Preisfrage. In den angewöhnlichen deutschen Verhältnissen gemessen zum Vergleich ist zu beachten, daß ein Franken für den Pariser dasselbe bedeutet wie eine Mark für uns. Der Arbeiter verdient etwa 30—40 Franken täglich, bei uns etwa 30—40 Mark, ist das Essen nicht so sehr teuer. Für einen guten Luncheon, bestehend aus Wurstsalate, Filet, Fleisch, Gemüse und Kartoffeln nebst ½ Flasche mittleren Weines zahlt man in einem mittleren Restaurant einschließlich 10 Prozent Luzzestuer (das Essen ist hier augenfällig Rufus geworden...) 30—35 Franken. Für das Diner etwa 40—45 Franken. Hotelzimmer haben einen deutlichen Marktpreis in Franken. In Wiesbaden z. B. zahlt ich 50 Mark den Tag, hier einschließlich der zehn Prozent Luzzestuer 30 Franken. Frühstück. Das ist usw. usw. Preis. Von der Kursdifferenz abgesehen, ist also das Leben in Paris etwa 25 Prozent teurer als in Deutschland (1 Mark zu Paris = 1,25 Franken), wobei aber zu beachten ist, daß man hier eben alles hat.

Bei Kleidung. Wäsche usw. verschließt sich das Bild. Ein Anzug in einem guten Geschäft kostet etwa 475—500 Franken. Damenkostüme etwa dasselbe (natürlich nicht in der Rue de la Paix). Stiefel 90 bis 150 Franken das Paar. Herrenmöbel ist wesentlich billiger. Hemden im Durchschnitt 30 Franken, Hals 85—100 Franken, über Damenschuhe — und es gibt entzückende Säckchen hier, duftig und lustig, wahre Gedichte — bin ich leider nicht unterrichtet. Man hat die Preise umgedreht.

Ein erstes Kapitel ist die Wohnungsfrage für den Pariser und den Fremden. Die städtische Organisation des Wohnungsmarktes verfügt dem Vermieter nach ebenso wie bei uns... Nur durch Zufall findet man Zimmer und dann zu wirklich erschreckenden Preisen. In guter Lage werden für ein möbliertes Zimmer bis zu 600 Franken monatlich ohne alles verlangt. Und Paris ist von Fremden überflutet. Die Hotels sind größtenteils auf Wochen hinzu im voraus

belegt, kurz und gut, in dieser Hinsicht fühlt man sich ganz wie zu Hause!

Der Tag des "Solopettes".

In Amerika ist es Mode geworden, in blauen Arbeitsanzügen anzugehen, als Protest gegen die hohen Kleiderpreise. In Paris wollte man jetzt eine gleiche Aufführung veranstalten. Man erwarte ein modisches Ensemble von Herren und Damen in Arbeitstracht, was jedenfalls den Boulevards einen eigenartigen Anblick gegeben hätte. Und was kam dabei heraus? Ein halbes Dutzend (weder ich noch meine Freunde haben mehr gesehen) junger Leute in blauen Lederanzügen gingen spazieren, mit dem elegantesten Schuhzeug und Seidenstrümpfen, kostbare Perlen in gewöhnlichen Kravatten, unter Männern das Motto... Und ein paar weibliche Solopettes, die die Männer mit kostbaren Hutmädchen bestückt hatten, die Schuhe, Strümpfe und allem Ansehen nach Wäsche trugen, die allein ein Vermögen wert waren, leisteten ihren Gesellschaft. Wie die kleine Gruppe auftauchte, bildete sie den Zielpunkt allgemeiner Aufmerksamkeit, allgemeinen Lächelns und allgemeiner Scherze. Es war eine kleine "Reprise" des Karnevals, die jedoch vorbereitet, aber — vielleicht wegen des Wetters — nicht voll zum Ausklang kam. Es ist nicht jedermann's Sache, sich in dümmem Leinenanzug naßzuzögern zu lassen.

Woches Nachfolger in Leipzig. Wie wir hören, ist der Leipziger Lebhaft des Strafrechts und der beiden Prozesse an Stelle von Prof. Woch dem Göttlinger Straf- und Prozeßrechtslehrer Sch. Justizrat Prof. Dr. Robert v. Hippel angeholt worden. v. Hippel 1886 zu Königberg i. Pr. geboren. Sein Lehrer war v. Liss, damals in Marburg, wo v. Hippel 1888 promovierte. Bis 1891 war Hippel im preußischen Justizamt tätig, erhielt dann seine Zulassung als Privatdozent in Kiel, wurde 1892 a. o. Professor in Stralsund, drei Jahre später Ordinarius in Rostock, von wo er 1899 als Nachfolger von Karl Jäger nach Göttingen überstieß. 1910/11 stand Prof. v. Hippel als Prosektor an der Sparte der Georg-August. Einen Ruf nach Tübingen als Nachfolger v. Franks da er abgelehnt (1913). 1911—13 war der Gelehrte Mitglied der Strafrechtskommission in Berlin, former Mitbegründer und Mitarbeiter der auf Anregung des Reichs-Jurikums herausgegebenen "Vergleichenden Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts".

Die Universität Jena als Thüringische Hochschule. Die Universität Jena hat zwar schon immer den Namen Thüringische Hochschule getragen, wurde aber bisher nicht von allen thüringischen Städten, sondern nur von Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Gotha erhalten und geleitet. Nach der Verfa-

Die grüne Polizei

Berlin, 1. Juli.

Eine der Hauptaufgaben der deutschen Vertretung auf der Konferenz von Spa wird es sein, die Ausführung der Sicherheitspolizei, d. i. der sog. grünen Polizei zu verhindern. Die Entwurfsvorlagen der Entente haben verlangt, daß die Gräben innerhalb von drei Monaten vollständig verschwinden. Und diese Forderung wird in Spa wahrscheinlich mit Nachdruck wiederholt werden. Januar ist eine Abstimmung: Warum tragen die Sicherheitspolizei grüne Farbe? Die Farbe spielt anscheinend bei der Forderung der Alliierten eine gewisse Rolle. Aber sehr zu Unrecht. Die Sicherheitspolizei ist nämlich grün, weil ihre ersten Kontingente aus dem Freikorps hervorgegangen sind und man zur Einkleidung der neu angeworbenen Leute viel mehr grünes Tuch als blaues hatte. Das blaue Tuch war in der allgemeinen Stoffnot des Krieges ausgegangen. Auch konnte man das vorhandene blaue Tuch zwar grün, aber nicht blau einfarben. Technische Schwierigkeiten, die sich beweisen lassen, die Herren Kontrollausschüsse der Entente brauchen es ja nur nachzuprüfen. Es ist richtig, daß "Feldgrau" der Sicherheitspolizei bewußt sich im Streitkampf mit den Spartakisten vorgestellt. Blaue Uniform hätte manchen brauen Mann mehr gekofet, der in den heimatlichen Dachshäusern ein Ziel zu deutliches Ziel bietet. Aber der Grund der Einführung der grünen Uniform bei der Polizei war ursprünglich, wie gesagt, nur der Mangel an blauem Stoff. Es ist ebenso lächerlich wie gefährlich von den Deutschen Angehörigen der unabhängigen Sozialdemokratie gewesen, den Herren von der Entente mehrzumachen, die neue deutsche Sicherheitspolizei sei nichts anderes, als eine bereits in Felduniform mobilisierte verkappte Nacharmee.

Vielleicht wird dies unberechtigt Misstrauen bei den Machthabern in Spa verheufen durch eine mehrheitsgemäße Darstellung, wie die grüne Polizei entstanden. Es ist ja erst ein Jahr her. Im Juni 1919 war man aus dem Größten der Revolution heraus. Die Witten des Januar und des März 1919 hatten gezeigt, daß die blaue Polizei im Bürgerkrieg verloren mußte.

Ein großer Teil der Schuhleute hat seine Pflicht, so gut er es eben verstand. Viele erklärten sich als "neutral". Meistens waren es die Jüngeren, die sich innerlich vielleicht zur "Zweiten Revolution" hinzogen fühlten. Und die Älteren und Verheirateten wollten im Streitkampf und mit den Handgranaten in ihre Haut nicht flanzen. So kam man auf die Freikämpfer, deren Unteroffiziere man zu Sicherheitspolizei machte. Wolfgang Heine hat sich zweifellos einen Verdiens auf die Schuhleute auf Polizeiviere und auf die Familien der Schuhleute in den Arbeitervierteln. So konnte es nicht weitergehen. Es mußte eine Polizeitruppe geschaffen werden, die in Kasernen zusammengefaßt und militärisch organisiert war. Sie durfte nicht in Revieren verstreut sein, sondern mußte in geschlossenen Garnen auftreten. So kam man auf die Freikämpfer, deren Unteroffiziere man zu Sicherheitspolizei machte. Wolfgang Heine hat sich zweifellos einen Verdienst dadurch erworben, daß er als Minister des Innern die Entmobilisierung der Truppe in rein polizeilichen Bahnen leistete, den militärischen Ordnungsdienst abschaffte und die Erziehung zum Kriminaldienst förderte. Man hat bisher mit der grünen Polizei die denkbaren besten Erfahrungen gemacht. Sie hat während des Kapp-Volks mit Ausnahme weniger Wirtschafts treu zur rechtlichen Regelung gestanden. Und wenn es hier und da auch kleine Fehler seien und Kompetenzstreitigkeiten gibt, so ist daran weder sie noch die alte blaue Polizei schuld. Die Unruhen der Zuständigkeiten müssen erst klar hervortreten. Das Vorhandensein zweier Polizeiorganisationen ist durchaus kein ungünstiger Zustand. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in anderen Ländern hat man das schon lange; eine Ordnungspolizei, die nicht die ganze Bürokratie besorgt, und eine solide, schlagfertige Truppe, die nach Art der Feuerwehr alarmiert wird und schnell an jeden beliebigen Ort geworfen werden kann. Wenn eine solche Truppe nicht vorhanden wäre, müßte man sie jetzt schaffen. Die Entente, die nur eine um 20.000 Mann verstärkte Ordnungspolizei erlauben will, wird bald merken, daß die Zweitteilung der Polizei in bürgerkriegerischen Dienstdienst und militärischen Aufenthaltsdienst bei den unzähligen Zellstädten sofort beginnt. Aber die rasche Auflösung der grünen Polizei muß zum Zusammenbruch der ganzen inneren Ordnung führen. Will die Entente die Lunte an das Pulversaf legen?

Die neue Amtshauptmannschaft Werbau

Am 1. Juli d. J. wird, wie wir schon meldeten, im Regierungsbüro Jülich eine leichte Amtshauptmannschaft mit dem Sitz in Werbau errichtet.

Der Amtshauptmannschaft werden zugewiesen:

- von dem bisherigen Bezirk der Amtshauptmannschaft Zwischen Schönbach und Thanhof die Gemeinden und Gutsbezirke Lichtenanne, Schönbach und Thanhof;

- von dem bisherigen Bezirk der Amtshauptmannschaft Plauen die zum Amtshauptmannschaftsbezirk Neidenbach gehörenden Gemeinden Neidenbach mit Gutsbezirk, Oberneumark, Unterneumark, Schönbach, Amtshauptmannschaft, Ermühle mit Gutsbezirk und Römersgrün.

Beide Bezirke der Amtshauptmannschaft Jülich verbleiben bei Amtshauptmannschaftsbezirk Jülich, Hartenstein, Hohenfels und Wildenrath und der Amtshauptmannschaft Jülich mit Ausnahme der Stadt Jülich und der Gemeinden und Gutsbezirke Lichtenanne, Schönbach und Thanhof.

Das Landes Thüringen soll ihre Unterhaltung bald auf den neuen Gesamtstaat übergehen. Ungeachtet dessen haben die Regierungen der bisher nicht beteiligten ehemaligen Thüringischen Bezirksstaaten sich entschlossen, rückwirkend vom 1. April 1920 an im Verbündnis ihrer Bevölkerungszahl der Universität die gleichen Zustände zu leisten, wie die bisherigen Erbstaaten. Die Universität Jena wird daher künftig von allen thüringischen Regierungen gemeinschaftlich verwaltet werden, bis die Aussicht und Leistung auf den Staat Thüringen übergeht.

* Ein Preiswettbewerb für deutsche Dramatiker veranstaltet die Max-Meyer-Stiftung zu Berlin. Der Preis beträgt 2000 Mark und kann ganz oder geteilt für bisher nicht aufgeführt oder angenommene und im Verband nicht erschienene dramatische Dichtungen verliehen werden. Preisrichter sind: Professor Ferdinand Gregori, Dr. Walter Hartmann, Walter v. Molo und für das Arealatorium der Max-Meyer-Stiftung Richard Schott, Berlin-Wilmersdorf, Hohenholzstrasse 27a, an dem

